Ein hemmungsloser Pazifismus, dem schon Deutschlands gegenwärtige minimale Rüstung zuviel ist, gegen den [illegible] Wehrwillen, der unter allen Umständen die geringen [illegible]lichkeiten des Versailler Vertrages voll ausschöpfen [illegible] Wie kann man erwarten, daß eine Partei, die für [illegible] Remarque- und gegen den Friderichs-Film den [illegible] organisiert, den Panzerkreuzer bewilligen wird? [illegible] handelt sich nicht um die fällige Panzerkreuzerrate allein, sondern um die ganze Wehrmacht in allen ihren Teilen. Sie kann gegen die zerbröckelnden Tendenzen [illegible] nur durch die geschlossene Front des gesamten Bürgertums verteidigt werden.

Darum richten sich alle Augen dringlich und hoffnungsvoll zugleich auf die Deutschnationalen, die den Schlüssel der Lage in der Hand halten. Mit ihrer Stimmen wäre in allen umstrittenen Agrar- und Wehrfragen eine sichere Mehrheit gegen die Linke vorhanden. Aber nach den letzten parteiamtlichen Auslassungen der Deutschnationalen scheint weder der Appell an ihr „Verantwortungsbewußtsein", noch all das, was an Beschwörungen und Drohungen vorgebracht wird, zu genügen, um sie in Einzelfragen wieder vor den Regierungswagen zu spannen. Ohne daß bisher [illegible] genannt worden wären, verlangen sie [illegible] ihre Mitwirkung, und man wird wohl in der [illegible] nicht fehlgehen, daß dieser Preis [illegible] Regierungsumbildung im Reich. Die letzte Entscheidung wird deshalb beim Zentrum liegen: ob es [illegible] in die [illegible] Schleichbahn [illegible] bereit ist oder ob ihr [illegible] Bundestreue zum Vaterlande weiter höher wert ist, [illegible] Sanierung der Landwirtschaft und der Wehrmacht. [illegible] um [illegible] weiterer [illegible] ihren die Agrarhilfe in allen Stücken [illegible] und die ganze politische Einstellung des Reichskanzlers [illegible] ihrer Aufrichtung widerspricht. Die [illegible] Liebenau Bürgerlichen Parteien nennen diese [illegible] Politik verantwortungslos. Aber wichtiger als [illegible] wer nun verantwortungsvoll denkt und handelt, wäre allen die Sache sein, nämlich die bedrohte Agrarhilfe und der gefährdete Wehretat. Nach Lage der Dinge sind beide nur zu retten, wenn die Parteien der Mitte und der gemäßigten Rechten mit der ausgeschiedenen Opposition Vereinbarungen zu treffen suchen, die geeignet sind, schweren Schaden von Volk und Staat abzuhalten.

Widerstände gegen Schieles Agrarprogramm

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 18. Februar. Das Reichskabinett setzt am Donnerstagvormittag die Beratung der agrarpolitischen Maßnahmen fort. In Verbindung mit den übrigen Maßnahmen wird man auch die Frage der Nationalisierung des Genossenschaftswesens besprechen. Wie schon berichtet, haben sich innerhalb des Kabinetts

gegen die vom Reichsernährungsminister Schiele ausgearbeiteten Pläne lebhafte Bedenken geltend gemacht,

die von einer Durchführung dieser Pläne Störungen, besonders des industriellen Exports, sowie der **handelspolitischen Lage Deutschlands befürchten. Diese Befürchtungen werden in den morgigen Besprechungen** einen ganz breiten Raum einnehmen. Die Vermutungen, daß es nicht möglich sein wird, Schieles Agrarpläne voll und ganz zur Verwirklichung zu bringen, bestätigen sich immer mehr. Allerdings läßt sich noch nicht erkennen, in welcher Form das Kompromiß gehalten sein wird, auf das man ganz unverkennbar innerhalb des Reichskabinetts hinsteuert. Die Stellung des Reichsernährungsministers Schiele bei den morgigen Beratungen ist keine leichte, da die Leiter anderer Ministerien, besonders des Reichsfinanz- und des Reichswirtschaftsministeriums mit aller Schärfe den Standpunkt verfechten, daß eine

Abkehr vom Meistbegünstigungssystem nicht in Frage kommen

könne, sondern daß lediglich da, wo diplomatische Fühlungnahmen ergeben, daß in einzelnen Positionen mit einem Entgegenkommen der anderen Staaten zu rechnen ist, dieser Weg beschritten werden könne. Man vertritt weiter die Meinung, daß im Hinblick auf unsere Wirtschaftslage

handelspolitische Experimente auf jeden Fall vermieden

werden müßten. Es dürfe nicht dazu kommen, daß sich einzelne Staaten, verärgert durch agrarpolitische Maßnahmen Deutschlands, gegen die Aufnahme industrieller Exportartikel sperren, da sonst die Zahl der noch arbeitenden Industriebetriebe sich weiter verkleinern müßte.

Man rechnet unter diesen Umständen, wie gesagt, ziemlich stark damit, daß die Vorschläge des Reichsernährungsministers wesentlichen Aenderungen unterzogen werden dürften. Die Situation, in der sich infolgedessen Reichsernährungsminister Schiele befindet, bringt es nun mit sich, daß wieder **einmal** die

Gerüchte auftauchen, Schiele würde, wenn es ihm nicht gelingen sollte, seine Pläne durchzusetzen, von seinem Posten zurücktreten.

Man nennt bereits Namen für seinen eventuellen Nachfolger und erwähnt in diesem Zusammenhang besonders den Führer der Landvolkpartei im Reichstag, Dr. Gereke. Diese Gerüchte **entbehren aber, wenigstens noch zur Zeit,** jeglicher Grundlage. — Da Schiele vom Reichspräsidenten als der Vertrauensmann der Landwirtschaft in das Kabinett berufen wurde, so würde sein Rücktritt von seinem Amt einerseits von der Stellungnahme der maßgeblichen Agrarorganisationen, anderseits von den Entscheidungen des Reichspräsidenten abhängig sein.

Innerhalb des Kabinetts ist man bestrebt, die Agrarmaßnahmen möglichst schnell zu verabschieden. Allerdings läßt sich noch nicht erkennen, zu welchem Termin das der Fall sein wird. Man spricht davon, daß das Kabinett unter Umständen sogar schon morgen, spätestens aber bis Ende der Woche die landwirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen verabschieden will, damit diese alsbald an das Parlament gehen können.

Daß das Kabinett sich den von Schiele vorgeschlagenen Maßnahmen nicht anschließen will, scheint seinen Grund auch darin zu haben, daß man in einem solchen Fall parlamentarische Schwierigkeiten befürchtet. Man wird unter diesen Umständen dem Agrarprogramm der Regierung Brüning mit ganz besonderem Interesse entgegensehen müssen.

•

Heute fand im Reichsfinanzministerium unter dem Vorsitze des Reichsfinanzministers Dr. Dietrich eine Konferenz der Landesfinanzamtspräsidenten statt, in der die Maßnahmen zur Durchführung der Notverordnungen des Reichspräsidenten und Ersparnisvorschläge besprochen wurden.

Verwendungszwang für Wolle, Flachs und Hanf?

Erwägungen im Reichsernährungsministerium

Berlin, 18. Februar. In Berliner Blättern wird im Zusammenhang mit den Kabinettsberatungen die Behauptung aufgestellt, daß die Agrarvorlage des Reichsernährungsministers auch einen vollen Verwendungszwang für Wolle, Flachs und Hanf in einer Form vorsähe, daß dadurch die deutsche Textilindustrie gegenüber dem Auslande wettbewerbsunfähig würde. Gleichzeitig wird behauptet, daß der Reichslandbund sich mit diesen Forderungen der Grünen Front und des Ernährungsministers nicht identifiziere.

Wie die Telegraphen-Union dazu von unterrichteter Seite erfährt, steht die Grüne Front auf dem Standpunkt, daß die einzelnen Möglichkeiten der Einführung von Verwendungszwang erst auf die Zweckmäßigkeit und Durchführbarkeit vom Reichswirtschaftsrat, also unter Mitwirkung auch der Industrie, geprüft werden müßten. Dieser Auffassung wird auch in der Denkschrift des Reichsernährungsministers Rechnung getragen. **Dabei wird ausgeführt, daß allerdings nach Möglichkeiten gesucht werde, wie den Erzeugungsgebieten, bei denen ein Zollschutz keine unmittelbare Wirkung erwarten läßt, durch die Sicherstellung der Verwendung in den weiterverarbeitenden Gewerben zu helfen sei.** Entsprechende freiwillige Vereinbarungen sind in einer Reihe von Gewerben bereits vorhanden. Es hat sich aber als zweckmäßig erwiesen, entsprechende gesetzliche Abmachungen zu schaffen, um damit auch die Außenseiter zu den getroffenen freien Vereinbarungen zu veranlassen, also die Gewerbegruppe vor einer möglichen Uebervorteilung durch Außenseiter zu schützen. Die Vorschläge der Grünen Front und des Ernährungsministers auf Einschreiten des Reichswirtschaftsrates beziehen sich auch auf Flachs und Hanf. Da auch der Reichslandbund in der Grünen Front vertreten ist, entfällt die Behauptung, daß der Landbund sich mit den Forderungen nicht identifiziere.

Die Deutsche Bauernschaft bei Treviranus

Berlin, 18. Februar. Die Vertreter der Deutschen Bauernschaft wurden heute vom Reichsinnenminister Treviranus zu einer eingehenden Besprechung der Osthilfefragen empfangen. Die vorgetragenen Wünsche bezogen sich auf eine generelle Lastensenkung, auf eine weitgehend produktive Gestaltung der Osthilfemaßnahmen, auf gleichmäßige und gerechte Berücksichtigung der bäuerlichen Betriebe und auf Hilfsmaßnahmen für notleidende Siedler.

Gegen die Gründung von Haftungsverbänden für bäuerliche Betriebe wurden schwere Bedenken geäußert. Der Minister wurde gebeten, als Ostkommissar sich dafür einzusetzen, daß im Zuge der Zuckerkontingentierung für die Bauern- und Siedlerbetriebe des Osthilfegebietes Zusatzkontingente eingeräumt würden. Am Schluß der eingehenden Aussprache führte Minister Treviranus aus, daß er als Ostkommissar die umfassende Förderung des ostdeutschen Bauerntums für dringend notwendig erachte und sich für die vorgetragenen Wünsche der Vertreter der Deutschen Bauernschaft im Rahmen seiner Zuständigkeit voll einsetzen werde.

Flugzeugunglück in Japan — Drei Tote. Ein Marineflugzeug stürzte brennend auf das Dach der Landwirtschaftsschule in Schizuoka ab. Die drei Insassen kamen in den Flammen um.

Dr. Bang über den Auszug der Rechtsopposition

Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete für Ostsachsen, Oberfinanzrat Dr. Bang, kennzeichnet in einem längeren Artikel die Wirkungen des Auszugs der Rechtsopposition aus dem Reichstag u. a. wie folgt:

1. Es war nötig, den hochpolitischen Vorgang als das zu unterstreichen, was er ist: als Verfassungsbruch, und damit zugleich die Tatsache kenntlich zu machen, daß sich das heutige System nur noch mit seiner eigenen Verneinung und mit Gewaltmitteln halten kann.

2. Es war nötig, unserem Volke einen Anschauungsunterricht über die Bedeutung der sogenannten Mittelparteien zu geben. Der Marxismus hat in Deutschland noch niemals die Mehrheit gehabt. Wenn er noch heute in Politik und Wirtschaft herrscht, so liegt das nicht an der Gewalt seiner bankrotten Ideen, sondern schlechthin und ganz allein an den Hilfsdiensten seiner „bürgerlichen" Steigbügelhalter. Bismarck hat einmal gesagt: „Es sind noch immer die Girondisten gewesen, die den Staatskarren in den Abgrund gefahren haben!"

3. **Es war noch zu vollenden, was wir auf** unserem Kasseler Parteitag angekündigt haben und wonach wir seitdem streben: ein Ende zu machen mit der Schaukelpolitik des Zentrums, dieser Quelle deutschen Unheils. Damit ist's jetzt zu Ende. Das Zentrum wird wohl oder übel Farbe bekennen müssen, die Sozialdemokratie auch. Man hat keinen Prügelknaben mehr. Daher der schäumende Haß! Denn Zentrum und Sozialdemokratie haben vor nichts mehr Angst, als vorm Maskenlüften. Vielleicht überlegt sich heute Herr Brüning, wie er jetzt mit den roten Kampfgenossen gegen rechts z. B. den Wehretat durchbringen will, und die Herren Sozialdemokraten werden sich überlegen, ob und wieviel Stimmen sie abkommandieren müssen, um die Firma zu retten.

Wir stehen nicht am Ende, sondern am Anfang einer Entwicklung, aus der heraus allein noch Hoffnung auf eine deutsche Zukunft wächst.

Brauns über die Arbeitslosenfrage

Berlin, 18. Februar. Am Mittwoch [illegible] im Rundfunk [illegible] Arbeitslosenfragen, die, dem von der Reichsregierung [illegible] Gutachterausschuß zur Beratung [illegible] Braun führte [illegible] Arbeitslose, [illegible] Bevölkerung. Von der [illegible] ist heute [illegible] ein Drittel arbeitslos, [illegible] weiteres Sechstel [illegible] bedroht.

Von den 5 Millionen Arbeitslosen [illegible] gegenwärtig mehr als 4 Millionen [illegible], [illegible] mehr als ein Fünftel der gesamten Arbeitnehmerschaft, in den verschiedenen Formen der Arbeitslosenhilfe unterstützt.

Das ist eine Not und eine Unterstützungsleistung, die ihresgleichen in der Geschichte sucht. Die Reichsregierung hat nunmehr einen neuen Versuch gemacht, um die grundlegenden Fragen der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu klären. Sie hat einen Gutachterausschuß eingesetzt, der unabhängig und unvoreingenommen prüfen soll, ob in Gesetzgebung und Verwaltung nichts versäumt ist, was zur **Rettung aus einer solchen Volksnot beitragen kann.** Der Ausschuß soll weiterhin alle Anregungen und Vorschläge sichten, die in großer Fülle von allen Seiten ausgehen und die Oeffentlichkeit aufwühlen. Der Ausschuß legt großen Wert darauf, daß die Oeffentlichkeit seine Arbeit verfolgt. Deshalb wird er die Oeffentlichkeit laufend unterrichten. Der Ausschuß muß aber auch auf die Grenzen aufmerksam machen, die ihm naturgemäß gesteckt sind. Es kann nicht seine Aufgabe sein, das Gesamtproblem der Arbeitslosigkeit zu untersuchen und eine Gesamtlösung anzustreben. Sein Blick ist bestimmungsgemäß auf die konkreten und begrenzten speziellen Aufgaben deutscher Arbeitsmarktpolitik und deutscher Arbeitslosenhilfe gerichtet. Deshalb ergeben sich in der Hauptsache

zwei große Gesichtspunkte.

Zuerst: Läßt sich in größerem Ausmaße als bisher zusätzliche Arbeitsgelegenheit schaffen und welche Wege sind hierfür gangbar? Mit dieser Frage werden alle Vorschläge, die zu einer produktiven Gestaltung der Arbeitslosenhilfe gemacht worden sind, ernst geprüft werden müssen. In diesem Zusammenhange seien genannt: Arbeitsfürsorge und Pflichtarbeit, freiwilliger Arbeitsdienst und Dienstpflicht, Förderung der privaten Wirtschaft und Notstandsarbeiten. Aber auch alle Vorschläge zu einer Verteilung der Arbeit nach ausgesprochen arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten sollen erwogen werden, wie die Frage einer Arbeitszeitverkürzung zur Erreichung von Neueinstellungen, das vielumstrittene Problem einer Ausschaltung ungerechtfertigten Doppelverdienstes u. a.

Die zweite Hauptfrage,

mit der sich der Ausschuß eingehend befassen soll, ist diese: Ist es notwendig, die drei Formen der Arbeitslosenhilfe, die heute nebeneinander bestehen (Arbeitslosenversicherung, Krisenunterstützung und öffentliche Fürsorge) mehr als bisher aufeinander abzustimmen und sie jede für sich und im Verhältnis zueinander stärker dem veränderten Risiko der Arbeitslosigkeit anzupassen? Die Fragen, die hierbei der Untersuchung bedürfen, können nur gestreift werden. Sie hängen vielfach mit der Frage zusammen, welchen Umfang die Arbeitslosigkeit, auf längere Sicht gesehen, annehmen wird. Auch der teilweise Uebergang von kurzfristiger zu langfristiger Arbeitslosigkeit, der wachsende Anteil von jugendlichen Arbeitslosen, die Anspannung der Finanzkraft der Gemeinden nötigen zu nüchterner und gründlicher Ueberprüfung der Unterstützungsformen. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, verfügt der Ausschuß weiterhin über ausgezeichnete Sachkenner des Versicherungsrechtes und der öffentlichen Fürsorge, während er im übrigen absichtlich so zusammengesetzt ist, daß die Probleme von allen Seiten der Theorie und der Praxis und nicht vom einseitigen Spezialistenstandpunkt Beleuchtung erfahren.

Der Leipziger Waffendiebstahlsprozeß

Leipzig, 18. Februar. Im Leipziger Waffendiebstahlsprozeß wurde die Oeffentlichkeit erst gegen 14 Uhr wieder hergestellt. Der Angeklagte Wagner erklärte, er sei eigentlich nur deshalb in die Sache hineingekommen, weil er festzustellen hatte, ob der Angeklagte Pestner personengleich sei mit einem Unbekannten, der ihm, Wagner, anläßlich einer Demonstration im Januar 1930 unter Vorzeigung eines Polizeiausweises Waffen angeboten habe. **Unwahr sei, was Pestner von ihm behaupte, daß er sämtlich die Seele des ganzen Unternehmens gewesen sei.** Im wesentlichen habe es sich um unbekannte Parteigenossen gehandelt, die daran teilgenommen hätten. Er selbst habe sich nur auf die Sicherung eines etwa notwendigen Rückzuges beschränkt. Er wisse auch nicht, woher die Gelder zur Bezahlung des Pestner gekommen seien. — Die Verhandlung wurde dann auf Donnerstag vertagt.

Versammlungsverbot in der Pfalz

Speyer, 18. Februar. Die Regierung hat heute für die Zeit vom 21. Februar bis zum 28. Februar einschließlich für das gesamte Gebiet der Pfalz alle öffentlichen Versammlungen der Kommunisten und Erwerbslosen unter freiem Himmel und in Sälen verboten. Darüber hinaus sind auch alle übrigen Versammlungen unter freiem Himmel verboten, ausgenommen kirchliche Veranstaltungen und dergleichen.

Selbstmordversuch eines Senatspräsidenten

Berlin, 18. Februar. Der ehemalige Senatspräsident am Oberverwaltungsgericht, Walter v. Uklanski, hat in einem Anfalle von Schwermut in seiner Wohnung in Charlottenburg einen Selbstmordversuch unternommen, indem er sich mit einem Revolver eine Kugel in die Schläfe schoß. Der Schwerverletzte wurde in ein Krankenhaus gebracht. Es besteht wenig Hoffnung, ihn am Leben zu erhalten.

Das neue Junkers-Riesen-Frachtflugzeug

Seitenansicht des „Fliegenden Möbelwagens"